

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 8

Artikel: Bürokratismus in Indien
Autor: Schüler, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürokrati in Indien

ALFRED SCHÜLER

Über eine staubige Landstraße, die durch rostbraune Felder führte, trabte der Riksha-Kuli zum «Commissioner's Bungalow», draußen, vor der Kleinstadt Y gelegen, einer alten Siedlung irgendwo im Innern Indiens, voller quirligem, ärmlichem Alltagsleben, ohne Taxis, Tonkas, Hotels; indische Wirklichkeit also, ohne jeden touristischen Lack. Im Vorhof des bescheidenen Amtssitzes standen ein alter Lastwagen und ein Jeep, und nach einigen Minuten, zur verabredeten Zeit, ratterte Commissioner X auf dem dritten Fahrzeug des Wagenparks heran: auf einer Lambretta. Der Commissioner, ein kleiner, drahtiger Inder in mittleren Jahren, weltmännisch, souverän, humorvoll, dezidiert, lud ins Haus ein, offerierte einen Whisky und scherzte, als er das Erstaunen des Gastes sah, der sich daran erinnerte, wie er einige Tage zuvor im «trockenen» Verwaltungsbereich des Commissioners hinter sorgsam verhängten Vorhängen Whisky getrunken hatte, den die indischen Gastgeber, in allen Schlichen der Umgehung der Prohibition geübt, aus der Hosentasche gezogen hatten: «Wenn ich dabei bin, dann drückt das Gesetz ein Auge zu.»

Commissioner X ist ein Beamter, der mit einem winzigen Stab ein Gebiet verwaltet, das fast dreimal so groß ist wie die Schweiz und fünf Millionen Einwohner hat, der mit einigen Maharadschas, mit gelegentlichen Ausschreitungen, mit sogenannten «Adavasis» oder zivilisationsfernen Ureinwohnern, mit einer großen Industrieanlage, mit mehreren Sprachen, kurz, mit verschiedenartigen soziologischen Problemen, mit mehreren Kulturstufen fertig werden muß. In diesem «Reich» regiert er gleichsam wie ein aufgeklärter Fürst; er muß sich um alles kümmern: um die Steuereinnahme, um die dörfliche Selbstverwaltung, um den Reisanbau und Düngemittelfragen, in denen er ein Spezialist geworden ist, selbst um die Rechtsprechung, denn er amtiert in drei Berufungsinstanzen, vor die im Monat etwa 60 Fälle gelangen. Allein fährt er jeden Monat durchschnittlich 7000 km in einem Jeep übers Land, um sich, obwohl diese strapaziösen Inspektionstouren nicht vorgeschrieben sind, ein eigenes Bild zu machen. In den meisten Dörfern kennt er einige der tonangebenden «Panchas» persönlich.

Zwischen Diktaphon und Tigerjagd

Dieser Beamte aus Berufung hat in England studiert — «bei diesen Chaps Gaitskell und Laski» —, und er erzählt schwärmerisch von einer unvergessenen

Rheinfahrt in den dreißiger Jahren. Er beherrscht mehrere europäische Sprachen, er kennt sich in der europäischen Literatur aus. Auf seinem Schreibtisch stapelten sich einige deutsche und französische Neuerscheinungen, die europäischen Freunde ihm zugeschickt hatten. Neben dem Tisch stand ein modernes Diktaphon, in das er morgens, in aller Herrgottsfrühe, seine amtliche Korrespondenz spricht. Neben einem Grammophon lagen einige Langspiellplatten: Mozart und Bach. «Nein, Liszt kommt mir wie ein betrunkenes Genie vor, und Wagner, nun, wie ein Volk diese Musik lieben konnte, werde ich nie verstehen.» Sein Hobby ist das Photographieren, und an den Wänden des hohen, hellen Salons hingen einige seiner raffinierten Schnappschüsse: Tiere, Landschaften, Montagen.

Hier, fernab von der rosigen Optimismus generierenden Hauptstadt, sehen manche Probleme anders aus. Der Blick ist nüchterner, härter. Die Widerstände präsentieren sich schärfer, und die Hoffnungen, die hier überzeugender wirken, gründen auf der Vitalität, Ausdauer und Härte der indischen Menschen, die dieser Commissioner, ein Praktiker, Tag um Tag erlebt. «Wenn die Beamten aus Delhi kommen und mir ihre großzügigen Pläne vorlegen, die wie ein Regenbogen leuchten und dann verblassen, dann sage ich ihnen: ‚Meine Herren, das und das verstehe ich nicht. Ich bin kurzsichtig; ich trage eine Brille.‘» Zur vorgerückten Stunde stellt sich heraus, daß der Commissioner die Literatur über Rommel und von Paulus gelesen hat und daß er deren Taktik und Strategie mit leidenschaftlicher Anteilnahme studiert hat. «Man muß handeln und durchgreifen oder aber stillsitzen.» Das ist eine der Lehren, die er aus Rommels Taktik abgeleitet hat, und die er bei Zwischenfällen in seiner Kleinstadt anwendet, wie er lächelnd erzählt. «Montgomery? Ein Clerk!», und damit ist das erledigt. Nochmals etwas später, als die Unterhaltung sich außenpolitischen Fragen zuwendet, sagt er verschmitzt: «Wissen Sie, werden Sie erst einmal 4000 Jahre alt und dann werden Sie auch diplomatisch!» Es gebe nur zwei Arten von Völkern, philosophiert der Commissioner in dieser «preußischen Streusandbüchse» in der Mitte Indiens: Die einen sind hart gegen sich selbst und vital, und die anderen prostituieren sich, um sich am Leben zu erhalten. Auch die europäischen Nationen teilt er nach diesem Schema auf.

Nach der Rückfahrt im rumpeligen Lastwagen gesteht er resigniert beim Abschied: «Nein, Europa möchte ich nicht wiedersehen. Ich möchte mir meine Erinnerungen nicht zerstören lassen. Ich habe hier ein volles, ausgefülltes Leben gelebt, nicht nur existiert.» Einige Tage zuvor hatte sein junger Sohn den ersten Tiger erlegt. Ein stolzer Augenblick für den Vater und die Mutter. Der Commissioner erzählt, daß er im Laufe der Jahre 63 Tiger geschossen habe. Ein Tiger, den er bei seinen Fahrten über Land schon mehrmals, nur wenige Kilometer vom «Bungalow» entfernt, gesichtet hat, sei ihm regelrecht ans Herz gewachsen. «Man gewinnt ein freundschaftliches Verhältnis zu diesen alten Biestern, und jetzt schieße ich eigentlich lieber Panther und Bären.»

Reform der «Kafka-Prozesse» ist dringlich

Nicht alle indischen Beamten, denen man begegnet, haben die Entscheidungsfreudigkeit, die Vitalität und die Weisheit dieses Commissioners, der, einzigartig, überraschend und unvergeßlich in seiner Eigenart, noch zu dem Kader des «Indian Civil Service» gehört, dem Adel des indischen Beamtentums. Im Gegenteil. Die indische Bürokratie wird hart, laut und regelmäßig kritisiert. Und die Histörchen, die von indischen und ausländischen Geschäftsleuten über den Umgang mit der starren Verwaltungsmaschine erzählt werden, sind teils grotesk, teils bedrückend. Schon mancher anfängliche Enthusiasmus ist zwischen den bürokratischen Mühlsteinen zermahlen worden, manche Pläne sind an der steinernen Bürokratie zerschellt, mancher Idealismus von europäischen Technikern, die an Efficiency gewohnt waren, versandet dabei. Selbst der kurzfristige Besucher meint, im Norden wie im Süden des Landes, in «Kafka-Prozesse» verwickelt zu werden, wenn er die weiten, hohen Amtsräume betritt, in denen sich verstaubte, verschnürte Aktenbündel türmen — einmal sahen wir Vögel auf einem Aktenberg nisten —: Überreste ungezählter Papierkriege, die mit einer Bürokratie ausgefochten werden, die es peinlich genau nimmt, und die kein Auge zuzudrücken versteht. Eine Verwaltungsreform sei eines der wichtigsten und dringlichsten Probleme des modernen Indiens, wird von vielen Beobachtern erklärt. Und es gibt Leute, die der Verwaltungsreform den Vorrang geben vor allen anderen Problemen. Wir hörten diese Ansicht von einem höheren amerikanischen Angestellten der «Ford Foundation» und wir hörten sie von Asoka Mehta. Ein Staatssekretär in der Planungskommission, mit dem dieses Verwaltungsthema diskutiert wurde, versicherte, daß eine Verwaltungsreform auf der Agenda der Planer stünde. In jedem der drei Fünfjahrespläne ist das Verwaltungsproblem, das mit den Chancen der Entwicklungshilfe in einem direkten Zusammenhang steht, obschon es in Europa wenig beachtet worden ist, berührt worden. Im ersten Plan hieß es: «Die Ziele, die in der öffentlichen Verwaltung erreicht werden müssen, sind Integrität, Efficiency, Sparsamkeit und Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit.» Im zweiten Plan stand: «Zweifel bestehen, ob die Verwaltung in ihrem Ausmaß und in ihrer Qualität sich als angemessen erweisen werde für die Aufgaben, die der Zentral- und den Staatsregierungen gestellt worden sind.» Im dritten Plan heißt es im Hinblick auf die Verwaltung: «Der Erfolg des dritten Planes wird vornehmlich von der Wirksamkeit abhängen, mit der er durchgeführt werden kann.» Und das ist besonders für diesen Plan richtig, weil über Erfolg oder Mißerfolg der nächsten fünf Jahre im landwirtschaftlichen Sektor entschieden werden wird, der sich dem Zugriff der Statistik weitgehend entzieht. Bisher hat nur die «Ford Foundation» über das indische System der öffentlichen Verwaltung zwei sehr aufschlußreiche, wenn auch recht kritische Untersuchungen veröffentlicht, die von einem amerikanischen Fachmann der öffentlichen Ver-

waltung geschrieben worden sind. Der zweite Bericht bekundet «die Überzeugung, daß ohne eine rasch unternommene und sorgfältig durchgeführte Verwaltungsreform die größeren Reformen, die notwendig und möglich sind, niemals durchgeführt werden können».

Bespitzelte Staatsdiener bei Kautilya

Die Kritik am indischen Verwaltungssystem erschöpft sich nicht in den üblichen Redensarten über das Bockenhorn des Amtsschimmels, das es in allen Breiten gibt. Es zeugt auch von einer falschen Perspektive, wenn melancholische Engländer, für die in Indien die britische Sonne untergegangen ist, auf Delhis «Connaught Place» hinweisen und erzählen: «In diesen paar Häuserreihen war die britische Kolonialverwaltung untergebracht; von hier aus haben wir Indien verwaltet. Und jetzt? Ganz Delhi ist mit Beamten und Ämtern überfüllt.» Der Übergang von der britischen Kolonialherrschaft, die schließlich nicht mehr als «Law and Order» aufrechterhielt — *Fitzjames Stephen*, der «Ideologe» der britischen Herrschaft in Indien: «Der eine Brückenpfeiler (der britischen Position in Indien) ist die militärische Macht, der andere ist Gerechtigkeit, und damit meine ich die feste, ständige Entschlossenheit der Engländer, unparteiisch und mit allen gesetzlichen Mitteln zu fördern, was sie (die Engländer) als das dauernde Gut der Eingeborenen Indiens ansehen» —, der Übergang von diesem missionarisch-arroganten Minimalziel zu ersten Ansätzen eines Wohlfahrtsstaates für 436 Millionen Menschen, der Übergang sodann von einer negativen, antikolonialen Einstellung der indischen Führungsschicht zu einer konstruktiven Haltung in der letzten Dekade seit der Unabhängigkeit hat die Aufgaben multipliziert und die Verantwortungen verschoben. Es wäre aber auch falsch anzunehmen, die Scheu der indischen Beamten, Verantwortungen zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, stamme aus der Zeit der englischen Kolonialverwaltung, in der die letzte Entscheidung stets bei dem englischen Beamten lag, und in der ein dichtes Netz von Kontrollen und Gegenkontrollen den Verwaltungsprozeß erschwerte. Schließlich hat schon der indische Staatslehrer *Kautilya* in seiner (etwa 350 n. Chr. geschriebenen) «Arthashastra», die wie ein Vorgeschmack auf Macchiavellis «Principe» und Orwells «1984» ist, ein raffiniertes Beamtentum dargestellt: Oberbeamte für die Abteilungen Bergwerke, Zolleinnahmen, Elefanten, Waffenlager, Handel, Landwirtschaft, Pässe, Prostituierte, Maße und Gewichte, Kühe, und diese Beamtschaft wurde von (ebenso hoch bezahlten) Spitzeln überwacht. Die Beschreibung, die Kautilya etwa von der Überwachung der Alkohol-Prohibition liefert, liest sich wie eine Darstellung der Situation, in der sich ein Tourist auch heute noch in einem der «trockenen» Staaten wiederfinden kann, sofern er durstig ist. Kurz, ein Zwangsregime, in dem ein universales Mißtrauen zu

einem System ausgeklügelter Rückversicherungen geführt hat. Das Flair der Inder fürs Bürokratische scheint also sehr viel älter zu sein als die britische Kolonialverwaltung.

Großzügige Planung — kleinliche Verwaltung

Die sachgerechte Kritik des indischen Verwaltungssystems bemängelt nicht, daß zu viele Beamte hinter Schreibtischen sitzen, obschon die Zahl der staatlichen «Boten», «Diener» und «Türsteher» größer zu sein scheint als in jedem anderen Land; wir erlebten, daß ein Beamter auf die Klingel auf seinem Schreibtisch schlug, jenem «Statussymbol» des höheren Staatsdieners, und einen Diener herbeiholte, der die Zündhölzer, die vor uns auf dem Tisch lagen, ergreifen und unsere Zigaretten anzünden mußte. Es ist vielmehr auf der mittleren und höheren Ebene, wo Indien zu wenig Beamte hat. Auf dieser Ebene lasten zu viele Entscheidungen auf den Spitzenbeamten, die angestrengt und lange arbeiten, aber trotzdem den Verwaltungsprozeß aufhalten, weil sich unter ihnen keine Pyramide ausbreitet, auf die sie die Verantwortung delegieren könnten. In dieser Beamtenhierarchie ist zudem der Aufstieg sehr beschwerlich: er vollzieht sich nach einem Beförderungskode, der geradezu geheimnisvoll ist. (Teilweise hat selbst die Privatwirtschaft diesen Beförderungskode übernommen, und die Broschüre etwa, die die Planstellen, Grade und Verdienstskaleten für Arbeiter, Ingenieure und Angestellte bei «Tata» enthält, hat etwas von einer Logarithmentafel.) Merkwürdig mutet an, daß das starre System ins Alltagsleben projiziert worden ist, so daß etwa in neuen Siedlungen, die um die staatlichen Industrieprojekte entstehen, selbst die Wohnungen nach dem Planstellenkode angeordnet werden: Direkt am Straßenrand wohnt der höchste Grad in einer Reihe von Einheitshäusern; dahinter, in einer Reihe von einfacheren Einheitshäusern, der zweite Grad. Und als drittes Glied reihen sich im Hintergrund die einfachen Behelfsheime der Arbeiter.

Eine andere Kritik am Verwaltungssystem bezieht sich auf die Vielzahl der Kontrollinstanzen. Pläne, die von höheren Planungsbeamten eines Ministeriums ausgearbeitet worden sind, müssen von unteren Beamten eines anderen Ministeriums bewilligt werden; dabei wird jeder Punkt oftmals mit der Akribie und Kleinlichkeit einer Kolonialverwaltung unter die Lupe genommen. «So ist eine außerordentliche Flucht vor der individuellen Verantwortung entstanden und ein System, in dem jeder für alles verantwortlich ist, ehe noch irgendetwas getan wird», heißt es in der Untersuchung der «Ford Foundation». Während die Planungsbehörde großzügig über die sozialen Ziele des Landes denke, verfare die Verwaltung kleinlich. Und da alles das bürokratische Sieb passieren muß, ist das Planen oftmals eine Zeit und Nerven aufreibende Sache. (In der Untersuchung der «Ford Foundation» wird beispiels-

weise erwähnt, daß Schreiben, die an eine Abteilung eines westbengalischen Ministeriums gerichtet wurden, 30- bis 42mal bearbeitet wurden, ehe eine Entscheidung fiel.) Größere Privatunternehmen unterhalten ein Verbindungsbüro oder einen Verbindungsmann in Delhi, der den Kontakt zum Verwaltungszentrum pflegt. Einer dieser Verbindungsmänner setzte uns auseinander, die beste Methode, einen Antrag bewilligt zu bekommen, sei, daß man die Beamtenhierarchie in der Mitte anbohrt, dann hinunterarbeitet bis zum untersten Sekretär, dann hinaufarbeitet zum ausschlaggebenden Spitzenbeamten, dem, sofern alle seine Untergebenen den Antrag gegengezeichnet haben, nichts anderes übrigbleibe, als seine Unterschrift zu geben. Ein anderer Verbindungsmann will die Erfahrung gemacht haben, daß es am erfolgreichsten sei, von Anfang an die Unterschrift des obersten Beamten zu erhalten und dann mit Überredung und anderen Mitteln die Stufenleiter hinunterzuarbeiten.

«Postamts-Sozialismus»

Die Finanzkontrolle entfacht in den großen industriellen Projekten des öffentlichen Sektors, die zu wenig Autonomie haben, einen mühsamen Papierkrieg. Schon oft ist verlangt worden, daß den öffentlichen Korporationen mehr Vollmachten gegeben werden sollte. Die meisten dieser industriellen Projekte haben an der Spitze einen Verwaltungsfachmann und nur als Stellvertreter einen Techniker. Professor *J. K. Galbraith*, der neue amerikanische Botschafter in Delhi, hat die Verwaltung des öffentlichen Sektors als «Postamts-Sozialismus» bezeichnet, der sich «unweigerlich als eine stagnierende Form der wirtschaftlichen Organisation erweisen» werde.

Man muß dieses Problem konkret darstellen. Es war in einer der neuen Siedlungen, die sich um große Industriewerke gebildet haben, wo uns der Verkaufsleiter eines Privatunternehmens der Schwerindustrie die 13 Stufen beschrieb, die bewältigt werden müssen, bis dieses staatliche Werk einen Auftrag erteilt, sei es für einen Kran oder Traktor: 1. Ein leitender Ingenieur gibt dem Einkaufsbüro des Unternehmens seine Absicht bekannt. 2. Seine Eingabe wird von der Verrechnungsstelle geprüft, und der Ingenieur wird aufgefordert, die detaillierten Angaben einzureichen. 3. Die Angaben werden dem Einkaufsbüro zugeschickt. (Dauer bis zu diesem Punkt: 3 Wochen.) 4. Das Einkaufsbüro schreibt Offerten aus (4 Wochen). 5. Die eingegangenen Offerten werden öffentlich verlesen. 6. Eine vergleichende Studie über die Offerten wird ausgearbeitet (3 Tage). 7. Die Studie und die Preisangebote werden dem leitenden Ingenieur zugeschickt (3 Tage). 8. Nachdem er sie geprüft hat, empfiehlt sie der leitende Ingenieur oder lehnt sie ab (2 Wochen). 9. Die Empfehlungen des Ingenieurs werden dem Einkaufsbüro geschickt, und das Einkaufsbüro sendet sie, nach gründlicher Überprüfung, der Verrechnungsstelle zur Zustimmung

(2 Wochen). 10. Die Verrechnungsstelle überprüft und sendet die Akte ans Einkaufsbüro zurück (4 Wochen). 11. Die gesamten Unterlagen werden dem stellvertretenden Generaldirektor geschickt (1 Stunde). 12. Die Unterlagen werden dem Generaldirektor zur Unterzeichnung geschickt (3 Wochen). 13. Die Aufträge werden vergeben (3 Wochen).

Um diesen Prozeß, der auf jeder der 13 Stufen scheitern kann, zu fördern, wird der Verkaufsdirektor des interessierten Privatunternehmens etwa 5- bis 6mal im Werk erscheinen und jeweils mehrere Tage in verschiedenen Büros vorsprechen, um zu überreden, zu beschleunigen.

Der Fall «Dandarakanya»

Eine andere Kritik am Verwaltungssystem betrifft das Verhältnis der Zentrale zu den Staatsregierungen. Zu stark und in zu vielen Bereichen — so im gesamten Sozialwesen — sei die Zentralverwaltung von dem guten Willen der einzelnen Staatsregierungen abhängig. Delhi regiere, so ist mit einigem Recht gesagt worden, nur durch Überredung, Pläne, Erklärungen, Mahnungen. Die Administration der nationalen Belange ist sehr unterschiedlich, da auch die einzelnen Staatsverwaltungen sehr unterschiedlich sind. Ein Beispiel für die administrative Schwäche der Zentralregierung ist das «verplante» Dandarakanya-Projekt. Dandarakanya, ein zu den Staaten Madhya Pradesh und Orissa gehörendes Gebiet aus Wald, Dschungel oder unfruchtbarer Wüstenei, das zweimal so groß ist wie die Schweiz und in dem drei Millionen Menschen leben, davon die Hälfte Adavasis, sollte erschlossen werden. Delhi plante, den Urwald zu roden, das Land zu gewinnen, die Flüsse für Bewässerung und Kraftwerke nutzbar zu machen. Man berechnete das hydroelektrische Potential und man beabsichtigte, Flüchtlinge aus Ost-Pakistan (insgesamt 4,2 Millionen), von denen noch immer Hunderttausende im überfüllten West-Bengalen in Lagern vegetieren, in diesem Gebiet anzusiedeln. Jedem der landlosen Flüchtlinge wurden sechs Hektaren Land versprochen. Es wurde eine «Dandarakanya Development Authority» geschaffen, die der Zentralregierung untersteht. Es wurden Millionen Rupien in das Projekt investiert, und an mehreren strategischen Punkten begannen Teams von Geologen, Agronomen und Anthropologen mit der Arbeit. Man setzte Traktoren ein (wobei allerdings ein «Planfehler» unterlief: 58 Traktoren, die in Zusammenarbeit mit einer japanischen Firma in Indien gebaut wurden, waren nach dem ersten Monsun unbrauchbares Altmetall). Kurz, ein gigantisches Experiment, das die Vorstellungskraft anfeuert, wenn es in Delhi dargestellt wird.

Der Erfolg ist indessen bisher ausgeblieben. Es gab Schwierigkeiten mit den Adavasis, die keine Lust an der Arbeit haben. Vor allem aber: die Flüchtlinge aus West-Bengalen blieben aus. Von 36 000 Familien, die erwartet wurden,

sind nur 2000 gekommen. Weder die Zentralregierung noch die westbengalische Regierung hat die Autorität, die Flüchtlinge, die in und um Kalkutta in Elendsverhältnissen existieren, ins Dandarakanya-Gebiet umzusiedeln, trotzdem Indien jährlich 100 Millionen Rupien für den Unterhalt der «Displaced Persons» in den Lagern zahlt. Die minimale Arbeitslosenunterstützung, die die Lagerinsassen in Kalkutta erhalten, und die Propaganda der Kommunistischen Partei, die den Flüchtlingen von der Umsiedlung abrät, bewirkten, daß der Strom der freiwilligen Umsiedler ins Dandarakanya-Gebiet den Erwartungen nicht entsprach. In diesem Frühjahr hat Premierminister Nehru an Dr. *B. C. Roy*, den westbengalischen Ministerpräsidenten, ermahnend geschrieben, daß die Umsiedlung beschleunigt werden sollte. Jene Flüchtlinge allerdings, die ins Dandarakanya-Gebiet gekommen sind, scheinen in der zehnjährigen Lagerexistenz alle Initiative verloren zu haben. Sie seien nur schwer dazu zu bewegen, so wurde uns berichtet, beim Roden des Landes zu helfen oder sich eine Unterkunft zu bauen.

Der Dandarakanya-Fall macht die Bemerkung verständlich, die in der Untersuchung der «Ford Foundation» enthalten ist: «Indien befindet sich tatsächlich in einem Notstand, wie er herrscht, wenn sich eine Nation im Kriege befindet. Wie im Kriege, so diktiert der Notstand die Einführung von Verfahren, die eine äußerste Kraft der Beschleunigung haben, und die dabei mit der Wahrung der demokratischen Werte im Einklang sind.» Eine Verwaltungsreform, die von den Indern verlangen würde, daß sie über den Schatten ihrer eigenen Vergangenheit sprängen, wird diese Mitte zwischen durchgreifender Efficiency und der Wahrung der demokratischen Werte anzustreben haben.